

# Nun müssen wir für Gleichheit in der Welthandelsorganisation arbeiten

Washington versucht eine Mischung dieser Optionen. Einerseits brauchen die Vereinigten Staaten die Arbeitsbedingungen als Grund für ihren Protektionismus gegen die Exporte der Dritten Welt, andererseits wollen sie durch ein neues GATT-Abkommen den Industrieländern die Möglichkeiten des Wettbewerbsvorteils in Bezug auf die dritte Option sichern, nämlich durch den verstärkten Schutz von geistigem Eigentum und durch die Öffnung des Marktes für Dienstleistungen.

Bei den Dienstleistungen wird argumentiert, daß die Entwicklungsländer ihren Markt öffnen sollen, damit geringere Kosten und effizientere Anbieter auf gleicher Ebene miteinander konkurrieren können. Das Argument scheint aus irgendwelchen Gründen nicht für die Arbeitsbedingungen zu gelten.

Das wirklich niederträchtige an dieser Sache ist allerdings eher historisch zu sehen. In vielen Entwicklungsländern, für Thailand und Indonesien gute, naheliegende Beispiele sind, waren die Gewerkschaften schwach, unter anderem wegen der Unterstützung von anti-linken Diktaturen und Halbdemokratien während des Kalten Krieges durch die Vereinigten Staaten. Und in den Reagan-Thatcher Jahren war dann die große Botschaft, sich der Gewerkschaft zu entledigen.

Kurz, die Arbeiter in den Entwicklungsländern haben unter niedrigen Löhnen gelitten auch aufgrund der politischen Intervention der Vereinigten Staaten. Heute ist ihr Einkommen weiterhin gefährdet, weil die US-Protektionisten nun sagen, daß ihre niedrigen Löhne zu unfairem Handel führen. Die Arbeiter sollen also doppelt bestraft werden. (...)

Thailand, ASEAN und die restliche Dritte Welt müssen zusammenhalten, wie sie es in Genf getan haben, um den franko-amerikanischen Zusammenschluß zu blockieren.

Die thailändische Regierung hat zu Recht argumentiert, daß die Welthandelsorganisation (WTO) nicht der richtige Platz sei Arbeitsrechte zu diskutieren; zuständig ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), denn sie setzt Maßstäbe ohne die Androhung handelsverzerrender Gegenschläge.

Natürlich sollte die Regierung, die diesen Punkt unterschätzt hat, deshalb sicherstellen, daß alle ILO-Konventionen unterzeichnet und umgesetzt werden. Diejenigen, die wirklich unglücklich über arbeitsrechtliche Mißstände sind, liegen falsch, wenn sie diese Frage mit dem Handel verknüpfen, aber ihre Grundsorge ist berechtigt.

"Opinion" (Meinung) aus Bangkok Post (Weekly) vom 22.4.94 mit dem Titel "Labour rights and trade don't mix". Übersetzung Peter Franke.

Leicht läßt man sich von der Begeisterung blenden, welche die Unterzeichnung des Welthandelsabkommens (GATT) am 15. April begleitete. (...) Das Handelssystem kann beides gebrauchen, die Begeisterung und die Nüchternheit. In der Öffentlichkeit erscheint die politische Ökonomie des Handels hoffnungslos degeneriert. Die Verhandlungen zogen sich jahrelang hin, ohne daß etwas herauskam, außer einem gefüllten Tisch mit 20.000 Seiten Dokumenten, geschrieben in einer unverständlichen Sprache - Lesematerial für einen an Schlaflosigkeit Leidenden mit starken Armen, wie sich die Financial Times ausdrückte. Die Länder fangen an, mehr oder weniger das zu machen, was sie wollen, und entwickeln neue technische Vorwände, um den guten alten Protektionismus anzuwenden. (...)

Das Abkommen ist nun allerdings nicht bedeutungslos. Richtig angewandt könnten die Regeln und die neue Welthandelsorganisation (WTO) etwas Ordnung in einem System wiederherstellen, das in zur Anarchie degeneriert ist.

Nach Angaben des Kommissars der Europäischen Union, Leon Brittan, hat selbst der Vertreter der Vereinigten Staaten, Mickey Kantor, bei einem Treffen der beiden in Marrakesch zugegeben, daß Washingtons Möglichkeiten, die Sektion 301 zu benutzen, erheblich eingeschränkt sein wird, wenn die WTO und ihre verbesserten Streitschlichtungsverfahren eingerichtet sind.

Es ist ein Zugeständnis, welches Mik-

key Kantor nur zögernd öffentlich bekannt machte, aus Angst vor einer Rebellion im Kongreß der Vereinigten Staaten. Die amerikanischen Gesetzgeber hüten mit besonderer Eifersucht ihre Souveränität und die Möglichkeit, Macht zu Recht zu machen.

Übermäßige Begeisterung ist nicht angebracht, weil die Erlöse der Uruguay-Runde nicht gleichmäßig verteilt werden.

Peter Sutherland (der GATT Generaldirektor) wird wohl brechtigerweise gesagt haben, daß letztendlich kein Land ein Verlierer sein wird, denn die kombinierten Auswirkungen eines offeneren Marktes, besonders bei landwirtschaftlichen Produkten und Textilien, mit besseren Handelsregelungen und Durchsetzungsbefugnissen der WTO und dem erwarteten Anstieg des Welthandels und des Wirtschaftswachstums werden auf jedes Land und den größten Teil seiner Bevölkerung zurückwirken.

Aber er hat die sich aus vielen Untersuchungen ergebende Wahrscheinlichkeit, daß die ärmsten Länder weniger davon haben werden als die reichsten, vertuscht. Seine Antwort ist, daß keines der afrikanischen Länder südlich der Sahara aus dem Abkommen aussteigen will. Hier macht er einen unlogischen Sprung. Die Tatsache, daß es besser ist, mit im System zu sein, als außerhalb im Kalten, heißt nicht, daß die Gewinne fair verteilt worden sind.

Die Möglichkeiten, einen Ausgleich durch das Arbeitsprogramm der WTO wiederherzustellen, ist nun ein konkreter



Punkt auf dem Arbeitsplan des Vorbereitungskomitees. Das hat viel weniger Aufmerksamkeit erhalten als der Versuch, Handel mit Arbeitsrechten zu verknüpfen.

Wie der Stellvertretende Premierminister (Thailands), Supachai Panitchpakdi, am 15. April sagte, können wir nur hoffen, daß das System den Entwicklungsländern mehr nützen wird als früher. Es

hängt von den Entwicklungsländern ab, den reicheren und den ärmeren, für ein solches Ziel zusammenzuarbeiten. Die Unterzeichnung am 15. April hat die Möglichkeit geschaffen, damit nun zu beginnen.

*"Opinion" (Meinung) aus Bangkok Post (Weekly) vom 29.4.94 mit dem Titel "Now we must work for equality in the WTO". Übersetzung von Peter Franke.*

## Philippinen: GATT – Vereinbarung zur Förderung von Unterentwicklung

### Positionspapier des philippinischen Bauernverbandes KMP

Als gemeinsames Programm zur Lösung der internationalen Handelsunordnung und -ungleichheit zum Wohle der Völker der Welt ist das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT) lediglich eine sprachliche Verschleierung für die weitere Unterentwicklung der Dritten Welt. GATT ist ein Programm der Wirtschafts- und Finanzmachtblöcke zur Reorganisation globaler Ausbeutungsstrukturen, damit der Imperialismus mit seiner eigenen Überproduktionskrise fertig wird. Die Vereinigten Staaten, die Hauptakteure im GATT, wollen die Öffnung der Märkte in der Dritten Welt durchsetzen – auf Kosten zunehmender ländlicher Verarmung und Entrechtung der Entwicklungsländer.

Anstatt die grundlegenden Probleme von Ländern wie den Philippinen anzugehen, stärkt die GATT-Vereinbarung die ausbeuterische halbfeudale und halbkoloniale soziale Situation durch eine vollständige Durchsetzung der Wirtschaftsdoktrin der strukturellen Anpassung. Gemäß dem Diktat ausländischer Geldinstitute wie dem Weltwährungsfonds und der Weltbank verfolgt die philippinische Regierung seit 1981 ein Strukturanpassungsprogramm (SAP), deren Folge eine erhöhte Verschuldung ist. Deregulierung, Privatisierung und Importliberalisierung werden in Verbindung mit einer Wirtschaftsstrategie des exportorientierten Agrobusiness betrieben. (...)

Importliberalisierung führte zum Verlust von nationalen und sektoralen Einnahmen aus landwirtschaftlichen Exporten aufgrund verschlechterter Wettbewerbsfähigkeit. Die Rücknahme von Subventionen für die landwirtschaftliche Produktion und Vermarktung hat den Bankrott der Landwirtschaft und die Verzögerung des Prozesses einer gerechten Umverteilung und der Demokratisierung zur Folge. Die Orientierung auf die unstabilen internationalen Waren-

märkte ermutigte zum häufigen Wechsel in Hybride und zum ökologisch schädlichen Anbau von Monokulturen mit hohem externen Input. (...)

### Die Folgen des GATT

Zweifellos kann die Bedeutung von GATT zur Bestimmung der Richtung und Geschwindigkeit für den wirtschaftlichen Aufschwung und die nachhaltige Entwicklung in den Philippinen nicht vernachlässigt werden. In seiner Komplexität wird GATT radikale Auswirkungen auf die Schlüsselbereiche soziale Gleichheit, Lebensmittelversorgung, landwirtschaftliche Produktion, Handel, Preisbildung, Umweltschutz und Entwicklung haben.

Die Landreform wird am stärksten betroffen sein von der vorauszuhenden Umsetzung des letzten Aktes der Uruguay-Runde. (...)

Die mittelfristige Landwirtschaftspolitik der Ramos-Regierung ist durch die erneute Liberalisierung der landwirtschaftlichen Importpolitik auf GATT abgestimmt. Dies wird landwirtschaftliche Produkte philippinischer Bauern in einen unfairen Wettbewerb mit relativ billigeren Importen stellen. Die Überflutung des einheimischen Marktes mit subventionierten landwirtschaftlichen Produkten aus dem Ausland als Folge der Beseitigung von Importverboten und anderen Importeinschränkungen durch GATT wird weiter Kleinbauern und Landarbeiter an den Rand drängen. Die großen Gewinner werden die multinationalen Unternehmen und die großen philippinischen Händler sein, die den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten kontrollieren.

Die Importliberalisierung geht Hand in Hand mit der Politik des Abbaus staatlicher Subventionen für die Erzeugerpreise von einheimischem Getreide, für Vermarktung, für das ländliche Kreditwesen und andere Hilfen für philippinische

Bauern. Die Nationale Lebensmittelbehörde (National Food Authority) hat kürzlich ihr neues Getreide-Finanzierungsprogramm bekanntgegeben, wonach der Ankauf von Getreide in diesem Jahr und bis 1998 auch der von Reis völlig eingestellt wird. Dieser Schritt zeigt, daß man sich stärker auf Getreideimporte als auf die Selbstversorgung mit Lebensmitteln verlassen will. (...)

Gleichzeitig bestimmt die Regierung Anbaugelände für die verstärkte Produktion ausgewählter Exportpflanzen und entrechtet die kleinen Fischer, um Platz für Garnelen-Farmen und Fischunternehmen zu schaffen, die die Nachfrage auf dem Exportmarkt für diese Produkte befriedigen sollen. (...)

All dies führt zur Einschränkung der einheimischen Lebensmittelproduktion, zur Gefährdung der Lebensmittelversorgung des Landes und zur erneuten Bedrohung der bereits angeschlagenen Umwelt.

Angesichts dieser schlimmen Auswirkungen von GATT auf den landwirtschaftlichen Bereich ist eine breite Opposition dagegen notwendig. Die Pambansang Ugnayan ng Mamamayan Laban sa GATT (PUMALAG, People's National Alliance against GATT) wurde dazu gegründet. Sie soll:

- \* Eine Lobby gegen die Ratifizierung des GATT-Abkommens im philippinischen Senat sein und fordert vor einer solchen Ratifizierung eine öffentliche Anhörung, um die Meinungen der betroffenen Bereiche, insbesondere der Bauern zu hören.

- \* Gegen die Abschaffung der "Magna Charta für Kleinbauern" eintreten, die den Import von Produkten verbietet, die in ausreichender Menge im Land produziert werden.

- \* Als Alternative zum GATT und zur Unterentwicklung in der Dritten Welt Kampagnen zur Durchsetzung einer echten Landreform und zur Sicherung der Lebensmittelversorgung durchführen.

- \* Strategien für einen alternativen Handel mit Bauern und Menschen anderer Länder entwickeln und mit Anti-GATT-Lobbygruppen an der internationalen Front zusammenarbeiten.

Wir fordern die philippinische Bevölkerung auf, GATT zurückzuweisen.

**KMP,  
Kilusang Magbubukid ng Pilipinas**

*KMP ist ein Bauernverband mit orthodox nationaler demokratischer Orientierung. Ihr Positionspapier erschien im "Manila Chronicle" vom 19.4.1994 unter der Überschrift "GATT: To ratify or not. Accord to abet underdevelopment." Übersetzung von Peter Franke.*